

## Vorwort

Das Deutsche Jahrbuch Philosophie, herausgegeben von der *Deutschen Gesellschaft für Philosophie* (DGPhil), präsentiert wichtige Debatten, die von dieser Gemeinschaft von Philosophinnen und Philosophen in Deutschland angeregt und organisiert werden. Dazu gehören die Proceedings der Kongresse der DGPhil, die der jeweilige Präsident zum Ende seiner dreijährigen Amtszeit verantwortet. Im September 2011 hatte ich das Vergnügen in München den bis dahin größten Kongress zum Thema *Welt der Gründe* mit 2700 Teilnehmerinnen und Teilnehmern und ca. 400 Referaten durchzuführen. Die Proceedings, herausgegeben zusammen mit Elif Özmen, meiner damaligen wissenschaftlichen Mitarbeiterin, sind 2012 ebenfalls als *Deutsches Jahrbuch Philosophie* erschienen.

Schon bei der Vorbereitung zu diesem Kongress fiel auf, welch großes Interesse die politische Philosophie unterdessen hat. Kaum ein anderes Kolloquium konnte sich über eine derart große Nachfrage freuen wie das der politischen Philosophie. Dies ist insofern bemerkenswert, als die politische Philosophie und Theorie in den vergangenen Jahren in der politikwissenschaftlichen Disziplin in Deutschland ausgedünnt wurde und einen doch beträchtlichen Substanzverlust erlitten hat. Die Grundlagendisziplin politische Ideengeschichte und politische Philosophie wurde an vielen politikwissenschaftlichen Instituten in Deutschland marginalisiert, entgegen einem internationalen Trend, der eher in die umgekehrte Richtung weist – das gilt auch für die USA, wo unterdessen zwei Subdisziplinen an politikwissenschaftlichen Departments weithin als unverzichtbar gelten, nämlich politische Ideengeschichte und analytische politische Philosophie. Generell wird international der normativen Dimension der Sozialwissenschaften zunehmende Bedeutung beigemessen, insofern halte ich diese Entwicklung in Deutschland für problematisch.

Um die Entwicklung der politischen Theorie und Philosophie beurteilen zu können und Vorschläge für die Zukunft zu entwickeln, schlug ich der *Deutschen Gesellschaft zur Erforschung des politischen Denkens* (DGEPD) vor, im Dezember 2010 eine Tagung zu veranstalten, die die doch sehr divergenten Entwicklungen in verschiedenen westlichen Ländern im Bereich der politischen Theorie und Philosophie diskutieren sollte. Das Ergebnis war einhellig: Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer kritisierten die Ausdünnung der politischen Theorie an den politikwissenschaftlichen Instituten in Deutschland, verwiesen auf die gegenläufigen internationalen Entwicklungen und empfahlen der Philosophie, sich nun stärker um die politische Theorie und Philosophie zu kümmern.

Vor diesem Hintergrund lag es nahe, eine Forschungsarbeitsgruppe (FAG) *Politische Philosophie* der DGPhil zu etablieren. Ich erklärte mich gegenüber dem Vor-

stand bereit, diese Arbeitsgruppe zu initiieren, aber sie dann, wenn sie ihre Arbeit aufgenommen haben würde, in die Verantwortung einer Nachfolgerin oder eines Nachfolgers zu geben. Dies geschah dann im Jahre 2014 durch einen Beschluss der DGPhil, der mich beauftragte, eine solche Forschungsarbeitsgruppe aus der Taufe zu heben. Das erste Treffen dieser FAG in Gründung fand am 1. Oktober 2014 an der Universität Münster am Rande des von Michael Quante als neuem Präsidenten der DGPhil verantworteten Kongresses statt und stieß auf lebhaftes Interesse. Mir war es dabei wesentlich, dass diese FAG interdisziplinär ausgreift, wie dies auch in der DGEPD seit ihrer Gründung nach der deutsch-deutschen Vereinigung üblich ist, unter Einbeziehung der politischen Theorie in politikwissenschaftlichen Instituten, auch des Staats- und Völkerrechts und der Philosophie. Ich bat daher die damalige Präsidentin der DGEPD, Barbara Zehnpfennig, als mein Vize die FAG mit aufzubauen. Unterdessen habe ich Stefan Gosepath (FU Berlin) gebeten, die Leitung der FAG zu übernehmen. Dem hat der Vorstand der DGPhil zugestimmt, dem hier auch für seinen großzügigen Druckkostenzuschuss für diesen Band gedankt sei, ebenso wie der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften.

Das erste Thema, das wir uns vorgenommen hatten, war die Philosophie und politische Theorie der Demokratie und so fand die erste Tagung der FAG Politische Philosophie und Theorie<sup>1</sup> am 4. Juli 2015 an der LMU München statt. Es referierten Barbara Zehnpfennig (Universität Passau), Marcus Llanque (Universität Augsburg), Elif Özmen (Universität Regensburg) und Lutz Wingert (ETH Zürich). Von den damals gehaltenen Vorträgen sind in diesem Jahrbuch die beiden letztgenannten dokumentiert.

Anderthalb Jahre später am 24. und 25. Februar 2017 fand dann die zweite Tagung der FAG statt, diesmal in Zusammenarbeit mit der von mir geleiteten interdisziplinären Arbeitsgruppe *Internationale Gerechtigkeit und institutionelle Verantwortung* (IGIV) der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften. Anders als bei der ersten Tagung, die im Wesentlichen von meiner wissenschaftlichen Assistentin Christine Bratu organisiert worden war, konnte die zweite Tagung auf die Organisationskraft der b.-b. Akademie der Wissenschaften zurückgreifen, insbesondere auf die des Koordinators der Interdisziplinären Arbeitsgruppe, Detlef von Daniels. Dies erklärt die Zusammensetzung der Herausberschaft dieses Bandes. Von dieser zweiten gemeinsamen Tagung werden hier die Beiträge von Georg Nolte (HU Berlin), Regina Kreide (Universität Gießen) und Dietmar von der Pfordten (Universität Göttingen) dokumentiert. Aus der Arbeit der genannten interdisziplinären Arbeitsgruppe sind weitere Beiträge in dem Band *Internationale*

<sup>1</sup> Wie sie zunächst hieß, später verkürzt zu »FAG Politische Philosophie«, weil die Einbeziehung von »politische Theorie« von manchen Kolleginnen und Kollegen aus der Politikwissenschaft als übergriffig empfunden wurde.

*Gerechtigkeit und institutionelle Verantwortung* dokumentiert, den ich zusammen mit Detlef von Daniels und Nicole Wloka bei de Gruyter herausgegeben habe.

Beide genannten Tagungen und die in diesem Jahrbuch zusammengestellten Texte zeigen, dass die Demokratie nicht nur praktisch, sondern auch philosophisch herausgefordert ist. Praktisch insofern, als die Gestaltungskraft des Nationalstaates durch ökonomische Globalisierung und internationale Verrechtlichung nachgelassen hat und zugleich die für die Demokratie so wesentliche deliberative Kultur der öffentlichen Meinungsbildung erodiert. Aber dieser Krise der Demokratie als politischer Praxis steht auch eine Krise der Demokratietheorie gegenüber. Identitäre von rechts, Schmittianer von links stellen die normative Konstitution der sozialen, rechtsstaatlich verfassten, auf Gewaltenteilung und Pressefreiheit beruhenden, repräsentativen Demokratie zunehmend in Frage. Das sozialstaatlich-liberale Modell der Demokratie ist sowohl durch die Empirie von Wahlergebnissen als auch durch die Entwicklung der politischen Theorie herausgefordert. Es ist wünschenswert, dass die theoretischen Aktivitäten, die hier in kleinen Ausschnitten dokumentiert sind, intensiviert werden, um die normative Konstitution der Demokratie unter veränderten Bedingungen zu klären.

München, den 27. Mai 2019

*Julian Nida-Rümelin*